

Der Krefelder Appell

von Karl-Wilhelm Gellissen

Am 15. und 16. November 1980 fand im Seidenweberhaus in Krefeld unter dem Namen „Krefelder Forum“ eine Veranstaltung statt, auf der unter anderen so bekannte Leute wie Martin Niemöller, Gerd Bastian und Petra Kelly sprachen.¹ An dem Forum nahmen insgesamt ca. 800 Personen teil. Anwesend war auch der Krefelder Gewerkschaftler und Gesamtbetriebsratsvorsitzende der TAG Peter Tümmers. Tümmers war außerdem Parteivorstandsmitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die organisatorische Federführung dieser Veranstaltung lag bei der Deutschen Friedensunion (DFU). Diese Partei gehörte, ebenso wie ihre Vorläufer, Bund der Deutschen (BdD) und Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), zu einer Gruppe von kurzlebigen Splitterparteien.² Motivation für diese Parteigründungen war unter anderem die Gegnerschaft zur nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetriebenen Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in ein westlich orientiertes Verteidigungsbündnis.

Krefeld wurde rein zufällig zum Ort dieser Veranstaltung, weil zu diesem Zeitpunkt keine andere Stadt eine ausreichend große Halle anbieten konnte. Ursprünglich hatte man an Duisburg als Veranstaltungsort gedacht.³ Und so ist auch der Appell, der am Ende der zweitägigen Veranstaltung zustande kam, nur zufällig mit dem Namen Krefelds verknüpft worden.

Worum ging es in der Veranstaltung im Seidenweberhaus?

Es war kalter Krieg. Die USA und die damalige UdSSR verhandelten in den SALT-Gesprächen über die Abschaffung von nuklearen Langstreckenraketen, mit denen sie sich gegenseitig über weite Entfernungen bedrohten. Über Kernwaffen mit kürzeren Reichweiten, wie sie für Europa bedeutsam waren, wurde bei diesen Gesprächen nicht verhandelt. Helmut Schmidt, sozialdemokratischer Bundeskanzler seit 1974, sah deshalb europäische Sicherheitsinteressen unmittelbar betroffen. Die NATO hatte am 12. Dezember 1979 beschlossen, 572 Mittelstreckenraketen, die auch Atomköpfe tragen konnten, davon 108 allein in der BRD, neu zu installieren. Sie ging bei ihrem Beschluss von einem Ungleichgewicht zwischen den beiden Blöcken aus,

nachdem die damalige UdSSR veraltete Raketen durch neue SS20 Mittelstreckenraketen mit hoher Treffgenauigkeit ersetzt hatte. Das „Gleichgewicht des Schreckens“ sollte wiederhergestellt werden. Gegen dieses sich anbahnende neue Wettrüsten wollten die auf dem Krefelder Forum versammelten Personen einen Beschluss erarbeiten, der die Friedensbewegung vorantreiben und den Frieden fördern sollte.

Die Friedensbewegung in der BRD hatte zu diesem Zeitpunkt schon eine 25jährige Geschichte, seit der Aufstellung der Bundeswehr 1955. Nach der Erklärung von 18 Göttinger Wissenschaftlern gegen eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr im Jahre 1957 entstand mit den Ostermärschen ab 1960 eine von den Parteien unabhängige Bewegung. Die politische Herkunft der beteiligten Personen und Organisationen war Anlass für die Behauptung, dass die Friedensbewegung, in ihrer doch sehr gemischten Zusammensetzung, kommunistisch gesteuert sei. Erinnert sei hier an eine Dokumentation 1981 der Psychologischen Verteidigung der Bundeswehr über die Kontakte und Beziehungen der Kritiker der Nachrüstung zum Zentralkomitee der KPdSU. Diese Dokumentation musste nach heftigen Protesten zurückgezogen werden. Ein Sprecher des Verteidigungsministers erklärte dann das Schaubild der Dokumentation für verunglückt und unqualifiziert.⁴ Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten eröffneten sich neue Informationsquellen, die zeigten, dass es mannigfaltige Versuche des Ostblocks gegeben hatte, Einfluss auf die Friedensbewegung zu nehmen.

Der Text des Beschlusses der Veranstaltung im Seidenweberhaus stammte, teilweise zumindest, von Gerd Bastian.⁵ Die Psychologische Verteidigung der Bundeswehr behauptete in einer Veröffentlichung,⁶ dass der Text des Appells lange vor der Veranstaltung fertig formuliert war und von der DFU nur noch in die Veranstaltung eingebracht wurde. Der Text des Krefelder Appells lautete in seiner Kernaussage: „Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung... Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980

appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung zu Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen ... Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Plattform der USA nicht zulässt – Abrüstung für wichtiger hält, als Abschreckung – die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.“⁷

In der Folge fanden in der BRD an vielen Orten Versammlungen und Foren statt, auf denen die Unterschriftenlisten zum Krefelder Appell herumgereicht und unterschrieben wurden. Höhepunkte der Bewegung waren wohl die Friedensdemonstration am 10. Juni 1982 im Bonner Hofgarten mit ca. 400.000 Teilnehmern und der mehrtägige Protest vor der Raketenbasis Mutlangen ab dem 1. September 1983. Dieser Protest wurde auch als Prominentenblockade bekannt, weil daran Heinrich Böll, Günther Grass, Oskar Lafontaine und Walter Jens teilnahmen.

Die von der SPD geführte Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt scheiterte im September 1982, unter anderem auch wegen ihrer Uneinigkeit über den Nato-Doppelbeschluss. Im November 1983 stimmte der Deutsche Bundestag unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls formell der Raketenstationierung zu.

Bis dahin hatten je nach unterschiedlicher Informationsherkunft etwa 3 bis 5 Millionen Deutsche mit ihrer Unterschrift den Krefelder Appell unterstützt. Der Verbleib dieser Unterschriftenlisten ist ungeklärt. Ob sie den Adressaten, die im Text des Krefelder Appells genannte Bundesregierung, jemals erreichten, ist ungewiss. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 21. November 1983 beklagt Gerd Bastian: „Doch die Bundesregierung ist nicht einmal bereit, die Repräsentanten dieser Initiative anzuhören,



Blick auf das Plenum des Krefelder Forums am 15./16. November 1982

Krefelder Appell

Immer offener werden die „Nachvollziehbarkeit“ der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der europäischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa erreicht werden können, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Die neu gewählte Präsidentschaft der USA erklärt unmissverständlich, selbst den bereits unterschriebenen SALT II-Vertrag zur Begrenzung der europäischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht zu akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung vorlegen zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der europäischen Nuklearwaffen unermesslich in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im leichten Augenblick gestoppt werden; seine katastrophale Beschleunigung und allfällige Eskalation würden die Vorstellungen von der schwebenden Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges in einer Linie der europäischen Völker einen untragbaren Punkt aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung:

die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen, im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettlaufes sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung immer entschämter werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik. Die Entscheidung für den atomarisierten Prozess der Waffeneinstellung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht zusehends vollzogener Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgefordert, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt —
Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung —
die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

- Die Initiatoren des Krefelder Appells:
- Gert Bastian
 - Petra Kelly
 - Helmut Ridder
 - Gösta von Döckel
 - Karl Bochert †
 - Marin Niemoeller
 - Christoph Strässer
 - Josef Weber



Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.“

Name: _____

Straße/Ort: _____

Name: _____

Straße/Ort: _____

Name: _____

Straße/Ort: _____

Senden Sie diese Unterschriftenliste an:
Josef Weber, Amalanderstraße 64, 5000 Köln 60

Herausgeber: Krefelder Initiative, Verantwortlich: Josef Weber, Amalanderstraße 64, 5000 Köln 60. Druck: Mike Probst, Neules. Dieses Material kann zum Preis von 6,- DM für 100 Exemplare zusätzlich Porto kostenfrei unter der obigen Adresse bestellt werden. Spenden erhalten auf Postfachkonto J. Weber, 5000 Köln, Konto-Nr. 125 005-200 (Schecko), „Krefelder Appell“, Dresdener Bank, 5000 Köln, Konto-Nr. 3254-134 (BLZ 37190040).



Heinrich Albert, Pastor; Dieter Hiltbrand, Kabarettist; Prof. Hans-Dieter Richter; Peter Tamms, Betriebsrat



Prof. Robert Jungk; Jo Lehm, BRU-Bundesvorsitzender; Heinrich Böll, Schriftsteller; Dieter Laumann, Schriftsteller

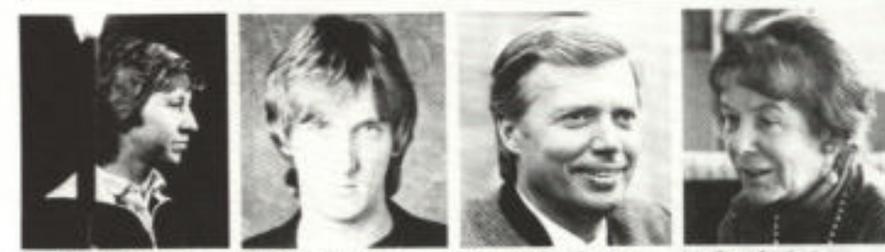


Prof. Joseph Beuys; Loni Lorenz, Kabarettist; Udo Lindenberg, Sänger; Prof. Uta Raake-Hennemann

Sie stehen zum Krefelder Appell

Eine Unterschrift nur. Wie oft wird sie in einem Metastereotyp geleistet? Routinemäßig. Ohne einen weiteren Gedanken zu verschwenden. Dass hier die Unterschrift unter dem Krefelder Appell, ist eine Ausnahme. Hier unterschreiben die Menschen für das Leben, für ihr eigenes Leben und das anderer, für die Zukunft der Welt und ihre eigene Zukunft. Sie unterschreiben, um all das zu retten, an das sie jemals glauben, für das sie sich engagieren, was sie lieb gewonnen, was ihnen

etwas bedeutet hat. Sie unterschreiben für das Weiterbestehen all dessen, was menschliche Existenz ausmacht. Die Grenzen sind erkannt, damit Unterschriften die Vernichtung der Erde und allen Lebens verhindern kann. Deshalb kann es bei dieser Unterschrift auch keine Bedenken geben, keine Routine, keine Gedankenlosigkeit. Betroffen ist jeder. Der Krankheits- und der Flucht-, der Atomphysiker und das Landmännchen. Eine Unterschrift nur. Aber eine, die lebenswichtig sein kann.



Annelie Richter, Olympiasiegerin; Martin Müller-Welshagen; Karl-Heinz Döhn, Schauspieler; Lise Hoyer, Schriftstellerin



Manfred Coppel, MdB; Hannelore Elmer, Schauspielerin; Regina Behrnt, Betriebsrätin; Prof. Bernhard Grzymek



H. Watzek-Ziel, Europaparlamentarier; Georg Benz, Gewerkschaftssekretär; Margarete von Trotta, Schauspielerin; Hanna Schygalla, Schauspielerin

Abb. 1. Unterschriftenliste zum Krefelder Appell.

Glötz warnt vor „Krefelder Appell“

Eigener Nachrichtendienst

Düsseldorf – SPD-Geschäftsführer Glötz hat seine Partei davor gewarnt, den „Krefelder Appell“ gegen die NATO-Nachrüstung mit Atomwaffen zu unterstützen. In einem Brief an alle Bezirke der Partei erklärte Glötz, mit der Unterschrift unter diesem von Kommunisten initiierten Appell würde „in womöglich bester Absicht Schaden“ angerichtet. Inzwischen haben sich zahlreiche Sozialdemokraten, darunter auch einige Bundestagsabgeordnete, dem „Krefelder Appell“ angeschlossen. Auch die hessische DGB-Jugend beschloß am Wochenende „aktive Unterstützung“. Auf der DGB-Kreisjugendkonferenz in Essen wurde ebenfalls mehrheitlich eine einseitige militärische Abrüstung des Westens gefordert. Delegierten der Bergbaugewerkschaft (IGBE), die sich dagegen aussprachen, wurde wegen ihrer Haltung „mangelnder Friedenswillen“ unterstellt. (SEITE 2)

„Denk ich an Krefeld...“

Der Antrag der CDU den Buchladen am Schinkenplatz von der Schulbuchbeschaffungsliste zu streichen, weil dort die Mitarbeiter den Krefelder Appell gegen den Nato-Doppelbeschluß unterschrieben haben und gegen den Bau von Atomkraftwerken sind, veranlaßt mich, Heinrich Heine in leicht abgeänderter Form zu zitieren: „Denk ich an Krefeld in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“.

Helle Stockhorst
Breslauer Straße 100

triebssirenen der TAG und die Belegschaften, nicht nur der TAG, legten für 5 Minuten die Arbeit nieder.¹³ Peter Tümmers erinnerte in seiner humorvollen Art ein Gespräch mit dem Betriebsleiter: „Und dann ging das los – ja, wie soll das gehen, da muss ich erst die Feuerwehr anrufen, wegen der Sirenen, damit die nicht denkt, die TAG brennt. Da muss ich die Polizei anrufen, auch damit die nicht denkt, die TAG steht in Flammen. Ja mit die Sirenen, muss das denn sein? – Wir wieder: ja, das muss sein. Und die Kollegen haben Spaß gehabt.“¹⁴

Nach 1983 reduzierte sich die Friedensbewegung auf Ostermärsche mit abnehmender Teilnehmerzahl. Der Zusammenbruch der UdSSR verstärkte diesen Trend, obwohl die atomaren Sprengsätze und Raketen nicht wirklich reduziert wurden. Das atomare Arsenal wurde nur verlagert und verschoben. Auch heute, 25 Jahre später, ist die Forderung nach dem Abbau der atomaren Rüstung aktuell. Immer noch werden weltweit ca. 20.000 Atomwaffen aufbewahrt.¹⁵ Ein letztes, schräges Echo hatte der Krefelder Appell im November 2001, als Nina Hagen in der Kul-

Abb. 2. Rheinische Post vom 10. April 1981 und Westdeutsche Zeitung vom 22. Juli 1981.

wenn sie die Bedenken von 5 Millionen Deutschen vortragen wollen.“¹⁸ Laut Auskunft des Bundeskanzleramtes vom 26.01.05 befinden sich in den Altakten des Bundesarchivs keine Unterschriftenlisten des Krefelder Appells.

Lorenz Knorr erinnert auf Anfrage nur, dass „die Berge von Akten nach Bonn gebracht wurden“ und „dass die Übergabe in die Amtszeit von Bundeskanzler H. Kohl fiel.“ Er unterstellt der damaligen Regierung grundsätzliche Ignoranz des Massenprotestes, wie er sich im Krefelder Appell ausdrückte.⁹ Auch Peter Tümmers erinnerte in einem Interview nur, dass die Papiermengen der Unterschriftenlisten in LKWs nach Bonn transportiert wurden.¹⁰

Exemplarisch für die damals emotional aufgeladene Einstellung zum Krefelder Appell ist die Reaktion des damaligen Krefelder Oberbürgermeisters Hauser. Er erklärte auf einer Bürgerversammlung in Bockum, er schäme sich jeden Tag, den Namen seiner Stadt in Verbindung mit dem Pamphlet kommunistischer Herkunft lesen zu müssen.¹¹ Andererseits wurde der Appell von vielen Prominenten, Künstlern und anderen Personen des Öffentlichen Lebens unterschrieben. Nachzulesen sind auf einem Flugblatt von 1983 Namen wie Heinrich Böll, Uta Ranke-Heinemann, Joseph Beuys, Hannelore Elsner und viele andere.¹²

In Krefeld fand, wie auch bundesweit, im Oktober 1983 eine Aktion des DBG statt unter dem Motto „Fünf Minuten vor zwölf“. Dazu heulten um 5 Minuten vor 12 mittags die Be-

„Krefelder Appell“ ist kein Votum der Bürger

Allgemein ist es üblich, ob auf Parteitag oder Gewerkschaftstagen, zu deren Abschluß Forderungen, Appelle oder Erklärungen meist an die Adresse der Bundesregierung oder an die der Öffentlichkeit zu formulieren, ohne daß diese gleich auch den Beinamen des Ortes erhalten, an dem sie verfaßt wurden. So war es auch nach dem „Krefelder Forum“ im November des vergangenen Jahres, als die 600 überwiegend links orientierten Teilnehmer eine Resolution des Inhalts verfaßten, „im (Nato) Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht weiter dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines nuklearen Wettrennens sein zu wollen.“

Inzwischen ist diese Entschliebung als sogenannter „Krefelder Appell“ wiederbelebt worden und zwar dergestalt, daß der Eindruck entziehen muß, als sei dies Papier eine Willensbekundung der Krefelder Bevölkerung. Das unterstützte jüngst eine Sendung der „Stimme der DDR“, die eine Reportage über die Stadt brachte, aus der eben jener „Krefelder Appell“ stammt. Und die kommunistisch gefärbte Zeitung UZ unterstellte auch prompt, Krefelds Oberbürgermeister Hansheinz Hauser werde sich eines Tages schämen, einer der letzten Bürger in seiner Stadt zu sein, die diesen Appell noch nicht unterschrieben hätten.

Man knüpfte damit an eine Äußerung Hausers auf einer Bürgerversammlung in Bockum an, wo der Oberbürgermeister sinngemäß erklärte: „Einen Frieden ohne Waffen gibt es nicht. Ich schäme mich jeden Tag, den Namen unserer Stadt in Verbindung mit dem Pamphlet kommunistischer Herkunft lesen zu müssen.“ Und dabei bleibt er, nachdem auf eine kleine Antrag im Bundestag die

Regierung weitgehend bestätigte, daß seinerzeit Vorbereitung und Durchführung des Krefelder Forums den Verdacht kommunistischer Initiative und Lenkung zuließen, dies mit der Absicht und Folge politische Ziele der Sowjetunion zu unterstützen.

Hauser: „Als Bundestagsabgeordneter könnte ich eine Liste über die Stationierungsorte russischer Atomraketen vorlegen oder über eine Flugbasis für Atombomben in der DDR. Ich reduziere mich aber auf meine Rolle als Oberbürgermeister dieser Stadt und wehre mich dagegen, daß ihr Name in einem gewaltigen und organisierten Propagandafeldzug der DKP, unterstützt von der SED und der KPdSU, als Vorspann dienen soll, um weniger informierte Bürger zu verunsichern. Der Verdacht liegt nahe, daß man Krefeld, wo die KPD im letzten Bundestagswahlkampf 0,19 Prozent bei den Zweitstimmen und 0,23 Prozent bei den Erststimmen erhielt, bewußt gewählt hat, um damit auf Kosten der Bürger die Glaubwürdigkeit kommunistischer Ziele zu bekräftigen. Hier haben nicht Krefelder Bürger ihr Votum abgegeben, sondern 600 Teilnehmer eines Forums, die aus allen Teilen der Bundesrepublik und zum Teil aus dem Ausland kamen.“

Angewidert 8000 Unterschriften unter den „Appell“ habe man möglicherweise nur deshalb in der Stadt erhalten, weil er verkürzt mit dem Satz „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa“ wiedergegeben worden sei. Man könne sich nicht gegen die Formulierung „Krefelder Appell“ rechtlich wehren, wohl aber mit Entschiedenheit dagegen, daß Papier in ein Votum der Krefelder Bevölkerung ummünzen zu wollen. pla

Abb. 3.
Rheinische Post
vom 22. Mai 1981.



Abb. 4. Mit einem Transparent demonstrierten Gewerkschaftsvertrauensleute der TAG an der Gladbacher Straße für Frieden und Abrüstung in Ost und West, während die Belegschaft im Werk fünf Minuten die Arbeit niederlegte. WZ, 6. Oktober 1983.

turfabrik im ehemaligen Schlachthof an der Dießemer Straße auftrat. Die Plattenhülle der bei dem Konzert aufgenommenen Doppel-CD ziert das Logo des Krefelder Appells. Inhaltlich nehmen die 25 Titel keinen Bezug auf den Appell von 1985.¹⁶

Anmerkungen

¹⁾ Niemöller war hochdekorierter U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg. Später, nach einem Theologiestudium, bekleidete er Führungspositionen in der Evangelischen Kirche, wurde als Mitglied der Bekennenden Kirche in

verschiedenen KZs inhaftiert, wandte sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Westorientierung der BRD und unterstützte die pazifistische Bewegung. Bastian war General der Bundeswehr, wurde auf eigenen Wunsch im Juni 1980 vorzeitig pensioniert und engagierte sich zusammen mit Kelly in der Friedensbewegung. Unter nicht restlos geklärten Umständen erschoss Bastian im Oktober 1992 Petra Kelly, bevor er sich selbst tötete.

²⁾ Die Deutsche Friedensunion wurde 1960 in Stuttgart gegründet. Mitglied des zunächst dreiköpfigen Direktoriums war Renate Riemeck, Pflegemutter der später im Gefängnis Stammheim zu Tode gekommenen Ulrike Meinhof. Ein weiteres Mitglied der Direktoriums war Lorenz Knorr, Mitglied der SPD bis 1960. Der DFU wurde immer wieder ihre politische Nähe zur DKP vorgewor-

fen. 1984 löste sie sich als Partei auf und empfahl ihren Mitgliedern den Beitritt zur SPD. Gründungsmitglied der GVP war der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann. Johannes Rau, ebenfalls späterer Bundespräsident, war Mitglied. Der BdD wurde 1953 in Düsseldorf gegründet. Vorsitzende waren Joseph Wirth (Reichskanzler der Weimarer Republik) und Wilhelm Elfes (gebürtiger Krefelder und Krefelder Polizeipräsident von 1927 bis 1933).

³⁾ Mündliche Auskunft des Arztes Hans Brender. Brender war KPD-Mitglied seit 1945 und Gründungsmitglied des BdD. Er war gebürtiger Krefelder, wurde 86 Jahre alt und starb im Jahre 2000.

⁴⁾ Der Spiegel, Nr. 35/1981, Seite 16.

⁵⁾ Siehe dazu Schwarzer, Alice: Eine tödliche Liebe. München 1984, Seite 73.

⁶⁾ Maruhn/Wilke (Hrsg): Die verführte Friedensbewegung, darin G. Wagenlehner: Die Auseinandersetzung der PSV der Bundeswehr mit der Friedensbewegung. München 2002, Seite 147.

⁷⁾ UZextra, Materialien, o.J. Düsseldorf, Seite 1

⁸⁾ Der hier wiedergegebene Text ist eine verkürzte Version des auf dem Forum veröffentlichten Aufrufes.

⁹⁾ Stenografisches Protokoll des Deutschen Bundestages, 35. Sitzung, Bonn, Montag den 21. 11. 1983, Seite 239ff

¹⁰⁾ Brief von Lorenz Knorr an den Verfasser vom 17.05.2006

¹¹⁾ Interview des Verfassers mit Peter Tümmers vom 12.06.1995

¹²⁾ Rheinische Post, 22.05.1981.

¹³⁾ Flugblatt mit Unterschriftenliste der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle“ o.J. (September 1983).

¹⁴⁾ Westdeutsche Zeitung, 06.10.1983.

¹⁵⁾ Interview des Verfassers mit Peter Tümmers vom 12.06.1995.

¹⁶⁾ Die Zeit Nr. 32, 04.08.05, Seite 33: Thomas Macho, Still ruht die Bombe.

¹⁷⁾ Plattencover der Doppel-CD Nina Hagen live at Kulturfabrik/Krefeld (Germany) 2001.